

## | ZDH zu Themen der Bundestagswahl



ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer im Handwerksblatt zu den **Wahlprogrammen** der Parteien (24. August 2017)

*„Bei CDU, SPD und FDP gibt es Überschneidungen etwa im Bereich der Bildung. Unsere Höhere Berufsbildung, für die wir jetzt ein paar Jahre lang gekämpft haben, findet sich in den Programmen. Darüber sind wir sehr froh, weil wir Nachwuchs für die Handwerksbetriebe gewinnen müssen. Wir sind auch froh darüber, dass unsere Forderung aufgegriffen wurde, den Soli abzuschaffen. Dass das allerdings nur für bestimmte Einkommensgruppen der Fall sein soll, wie es die SPD vorschlägt – erst nur die Geringverdiener und danach die mittleren und höheren Einkommen –, ist für uns nicht akzeptabel. Eine Zwei-Klassen-Gesellschaft kommt für das Handwerk nicht in Frage. Wir fordern einen genauen Fahrplan für den Soli-Abbau. Der fehlt uns bei der CDU. Aus Sicht des Handwerks müssen wir 2019, spätestens aber 2020, starten und dann rasch und in kurzen Zeitintervallen dazu kommen, dass alle entlastet werden.“*



ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer zum Thema **Flüchtlinge** (07. August 2017)

*„Wenn Betriebe Flüchtlinge ausbilden sollen, brauchen sie Rechts- und Planungssicherheit. Wenn wir einen jungen Flüchtling ausbilden, muss klar sein, dass er über die gesamte Lehrzeit in Deutschland bleiben darf. Die 3+2-Regelung sollte deswegen endlich bundesweit einheitlich in den Bundesländern angewandt werden. Zudem sollte aus Sicht des Handwerks ein Schutz vor Abschiebung bereits während einer Einstiegsqualifizierung und während des Berufsfachschuljahres gelten. Sorgen macht uns darüber hinaus ein erhebliches Qualitätsgefälle zwischen den Anbietern der Sprachkurse. Hier erwarten wir mehr Sorgfalt bei der Auswahl und einheitlichere Qualitätsstandards. Und letztlich muss die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden verbessert werden, denn die bürokratischen Hürden sind leider häufig die höchsten.“*



ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer zur **Luftreinhaltepolitik** in der Rheinischen Post (5. August 2017)

*„Von Sperrungen der Innenstädte für Dieselfahrzeuge, die nicht die neueste Abgasnorm erfüllen oder gar einem Ausschluss für alle Dieselfahrzeuge wäre das Handwerk in besonderer Weise betroffen - es ist fast gänzlich auf Dieselfahrzeuge angewiesen. Bei aller Unterstützung für eine Luftreinhaltepolitik mit Augenmaß - bislang zeigt niemand eine Lösung auf, wie zukünftig die Versorgung der Innenstädte und die Zufahrt zu Baustellen gewährleistet werden soll. Handwerker können nicht von heute auf morgen ihren Fuhrpark auswechseln, den sie sich im Vertrauen auf Nachhaltigkeit gültiger Abgaswerte angelegt haben. Sie können auch nicht auf ÖPNV oder Lastenfahrräder ausweichen. Fahrverbote für vielfach neuwertige gewerbliche Fahrzeuge sind unverhältnismäßig und ökologisch widersinnig. Sie würden die Lebensfähigkeit der Städte insgesamt treffen. Notwendig ist ein Fahrplan zur Schadstoffreduzierung, der Planungssicherheit und Rechtsschutz für den Fahrzeugbestand der Betriebe mit konkreten Maßnahmen zur schnellen Erreichung der Grenzwerte verbindet, um die gerichtliche Anordnung von Fahrverboten zu verhindern. Für Fehler in der Automobilindustrie dürfen nicht die Handwerksbetriebe bestraft werden, die nicht zur Problemlage beigetragen haben und unter deren Mitwirkung sich die Luftqualität in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert hat.“*



ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer zu **Dieselfahrverboten** (4. August 2018)

*„Entscheidend ist jetzt, dass schnell Maßnahmen ergriffen werden, die umgehend zur Senkung der Schadstoffwerte in den betroffenen Städten führen. Softwareupdates sind ein erster Schritt und müssen jetzt sehr schnell umgesetzt werden. Zusätzlich müssen die Mittel des neuen Mobilitätsfonds zu Verkehrsverbesserungen und ÖPNV-Ausbau auch umgehend eingesetzt werden. Inwieweit für Fahrzeuge oder bestimmte Fahrzeugtypen die Möglichkeit zur technischen Nachrüstung besteht, ist noch unklar. Hier muss die Autoindustrie ihrer Verantwortung gerecht werden und intensiv an Lösungen arbeiten. Sie ist aufgefordert, bei der technischen Entwicklung des Verbrennungsmotors einschließlich des*

Fuhrparkmodernisierung funktionieren.“



ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer zu **Sozialabgaben** in der Rheinischen Post (24. Juli 2017)

*„Die hohe Abgabenbelastung führt zu hohen Lohnkosten. Klar, dass sich das in den Rechnungen niederschlägt. Aber davon hat der einzelne Betrieb wenig. Die Margen liegen bei fünf bis zehn Prozent. Das ist angemessen. Deshalb ist uns so wichtig, dass die Belastung durch Sozialabgaben 40 Prozent auf keinen Fall überschreiten darf. Aber von einer solchen Festlegung lese ich weder im Wahlprogramm der Union noch der SPD.“*



ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke zum **Soli** in der Deutschen Handwerkszeitung (13. Juli 2017)

*„Das Handwerk tritt dafür ein, nach dem Auslaufen des Solidaritätspaktes II nach 2019 den Solidaritätszuschlag abzuschaffen. Angesichts der sprudelnden Steuermehreinnahmen – gerade auch durch die kalte Progression – müsste das möglich sein, zumal schon heute nur noch ein geringer Teil des Aufkommens aus dem Soli in den Aufbau Ost fließt. Der Ausstieg sollte in jedem Fall schneller erfolgen, als es derzeit im Finanzministerium angedacht ist. Den Soli nur für bestimmte Einkommensgruppen abzuschaffen, ist für uns nicht akzeptabel, denn eine Zweiklassengesellschaft kommt für das Handwerk nicht in Frage.“*



ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke zu den **Steuerplänen** im CDU-Wahlprogramm für die Deutsche Handwerkszeitung (13. Juli 2017)

*„Die angekündigten Entlastungen bei der Einkommensteuer wie auch beim Solidaritätszuschlag kommen auch den Betrieben des Handwerks zugute. Wenn die Grenze für den Spitzensteuersatz auf 60.000 Euro angehoben und der Mittelstandsbauch abgeflacht werden soll, dann geht das sicher in die richtige Richtung, aber bleibt gleichwohl hinter den Erwartungen des ZDH zurück. Es fehlen darüber hinaus die vom Handwerk erhofften Impulse für eine mittelstandsfreundliche Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechtes. Ebenso fehlt ein fester Zeitplan zur Abschaffung des Solis. Positiv für unsere Handwerksbetriebe ist, dass Steuerentlastungen ohne Gegenfinanzierung erfolgen sollen und Steuererhöhungen ausgeschlossen werden, dass die Steuerquote nicht steigen soll und der Bund auch künftig keine neuen Schulden aufnehmen will. Im Sinne unserer Betriebe ist auch die klare Absage an Verschärfungen bei der Erbschaftsteuer sowie zur Wiedereinführung einer Vermögensteuer. Die Einführung eines Baukindergeldes, die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung beim Wohnungsneubau sowie die Einführung eines Freibetrages bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums dürften helfen, sowohl den Mitwohnungsneubau als auch die private Immobilienvermögensbildung zu fördern. Das wie auch die vorgesehene steuerliche Förderung der energetischen Sanierung sind sicher gerade, aber nicht allein für die Bau- und Ausbaugewerke eine gute Nachricht ist.“*



ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer zu **Steuern** in der Passauer Neuen Presse (30. Juni 2017)

*„Ich bin froh, dass die SPD von der Vermögensteuer abgerückt ist. Und wir befürworten, dass die SPD den Solidaritätszuschlag abschaffen will – allerdings dann auch bitte für alle und nicht nur für bestimmte Einkommensgruppen. Der Mittelstand darf nicht weiter belastet werden. Das SPD-Konzept würde jedoch für viele kleine und mittlere Handwerksbetriebe eine höhere Belastung bedeuten. Das würde Investitionen behindern und die Betriebe letztlich schwächen. Die im Handwerk häufigen Personengesellschaften würden nach diesem Konzept höher besteuert als Kapitalgesellschaften. Das ist absurd. Deutschland liegt schon jetzt bei Steuern und Sozialabgaben weltweit auf einer der Spitzenpositionen.“*



ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer zur **Rente** in der Passauer Neuen Presse (30. Juni 2017)

*„Das Rentenniveau allein sagt nichts darüber aus, wieviel Mittel Menschen im Rentenalter haben, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Das hängt neben der gesetzlichen Rente auch von der betrieblichen und privaten Altersvorsorge ab. Um die Rente zu sichern, können jedoch nicht immer weiter die jungen Menschen und Leistungsträger zusätzlich belastet werden. Die tragen schon jetzt die Hauptlast. Wenn weiter so verfahren wird, hat diese Generation höhere Beiträge bei einer später dennoch niedrigeren Rente zu befürchten. Die Rente mit 63 und die Mütterrente haben wir von Beginn an als Entscheidungen gesehen, mit denen der falsche Weg eingeschlagen wird. Dadurch wird die Rentenkasse jedes Jahr mit mehreren Milliarden Euro belastet. Wir müssen die Kosten bei der Rente aber im Griff behalten. Dafür gibt es viele Möglichkeiten, beispielsweise indem wir die demografische Entwicklung berücksichtigen und das Renteneintrittsalter – wie künftig in Dänemark – an die Lebenserwartung knüpfen.“*



ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer zu **Sozialabgaben** in der Passauer Neuen Presse (30. Juni 2017)

*„Damit unsere Betriebe wettbewerbsfähig bleiben, dürfen die Sozialabgaben 40 Prozent auch in Zukunft nicht überschreiten. Parität sollte nicht durch ein weiteres Draufsatteln erreicht werden. Unsere Betriebe sollen nicht mehr bezahlen müssen. Ich bin vielmehr dafür, dass die Arbeitnehmer*

die Arbeitgeber zusätzlich zu belasten.“



ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer zu möglichen **Diesel-Fahrverboten** in der Passauer Neuen Presse (30. Juni 2017)

*„Uns hat man bis Ende 2015 gesagt: Wenn Ihr mit Euren Transportern die Euro 5 Norm erfüllt, besteht kein Grund zur Sorge. Dann könnt Ihr auch in Zukunft weiter in die Innenstädte einfahren, dann sind die Emissionsgrenzwerte erfüllt. Dass das jetzt plötzlich nicht mehr gelten soll, ist ein starkes Stück. Abrupte Fahrverbote kämen einer Enteignung gleich. Handwerker können keinen Heizkessel mit dem Fahrrad zum Kunden bringen oder Baustoffe mit der U-Bahn transportieren. Um unsere Dienstleistungen erbringen zu können, müssen wir auch weiter zu unseren Kunden fahren können.“*



ZDH-Präsident Hans Peter Wollseifer zur **Bildung** in der Passauer Neuen Presse (30. Juni 2017)

*„Das Streben nach immer höheren Bildungsabschlüssen hat dazu geführt, dass heute rund 60 Prozent aller Jugendlichen eines Jahrgangs nach der Schule ins Studium gehen, noch vor zehn Jahren starteten so viele junge Leute eine duale Ausbildung. Wir müssen hier schnell gegensteuern. Nach vielen Jahren der Unterstützung der Hochschulen muss sich die künftige Bundesregierung in viel stärkerem Maße der Berufsbildung widmen. Wir brauchen nach dem Hochschulpakt einen Berufsbildungspakt. Fördergelder des Bundes müssen nicht nur an die Unis, sondern vergleichbar viel auch in die berufliche Bildung fließen.“*



ZDH-Generalsekretär Holger Schwannecke zur **Digitalisierung** in der Deutschen Handwerkszeitung (26. Mai 2017)

*"Gerade im Hinblick auf die Bundestagswahl im Herbst hat das Handwerk eine ganze Reihe von Forderungen in Bezug auf den digitalen Wandel formuliert. Dazu gehört, den Breitbandausbau schneller voranzutreiben. Alle Betriebsstandorte brauchen einen Internetzugang mit Bandbreiten im Gigabitbereich, um auch künftig wettbewerbsfähig zu bleiben. Handwerksunternehmen benötigen zudem gleichberechtigten Zugang zu Daten, die für ihre Geschäftstätigkeit wichtig sind. Das betrifft unter anderem Bereiche wie das Kfz-, Gesundheits- oder Elektrohandwerk, wo softwarebasierte Lösungen eingesetzt und vermarktet werden. Nicht zuletzt muss die Digitalisierung noch stärker in der Qualifizierung Berücksichtigung finden, das heißt in Schule, Aus- und Weiterbildung."*

---

## Weitere Unterseiten zum Thema

### Handwerkspolitik

[Ansprechpartner](#)

[ZDH-Kompakt](#)

[Positionspapiere](#)

[Reden](#)

[Bundestagswahl 2017](#)

[AG Mittelstand](#)

[Kirchen und Handwerk](#)

[IHM](#)

[Münchner Spitzengespräch](#)

[Medienpolitik](#)

Deutscher Bundestag - 18. LP

Europäisches Parlament - 8. LP



---

© 2017 Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.

[Impressum](#) [Datenschutz](#)